

# DDR-Souveränität ist unantastbar

Aus dem Diskussionsbeitrag  
des Genossen  
**Prof. Dr. WALTER POEGGEL,**  
Mitglied  
der SED-Kreisleitung

gehört des Bundes behandelt. Das 1966 erlassene Handschellengesetz stellt alle Deutschen ohne Unterschied ihrer Staatszugehörigkeit unter die westdeutsche Gerichtsbarkeit. Der dem westdeutschen Bundestag vorliegende Strafrechtsentwurf bezieht die DDR als „Inland“ in die Strafhohheit des Bundes ein. Schließlich sei darauf verwiesen, daß der Verkehrsvertrag vom 18. März 1968 die Straßen, Autobahnen und Wasserwege der DDR als Bundesverkehrswege bezeichnet. Ich könnte diese Liste der Vorvernahme der juristischen Annexion der DDR beliebig fortsetzen. Auf diesem Hintergrund wird aber klar, warum die Bundesrepublik sich beharrlich weigert, einen völkerrechtlich verbindlichen Gewaltverzichtvertrag mit der DDR abzuschließen, warum man nicht gewillt ist, ungeschränkt auf Kernwaffen sowie deren Lagerung in Westdeutschland zu verzichten, warum die Bundeswehr zur stärksten NATO-Armee in Europa ausgebaut wurde.

Angesichts dieser Verschärfung des aggressiven Kurses der Bundesrepublik gegenüber der DDR

Geiste der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden Staaten deutscher Nation sowie zwischen der DDR und Westberlin zu fördern. Offenbar hat das der von den reaktionären Kräften im vergangenen Jahr gestürzte Westberliner Bürgermeister Albert begriffen, wenn er in Einsicht der bestehenden Sach- und Rechtslage kürzlich erklärte, daß ohne ordentliche Verträge mit der DDR die Dinge so nicht weiterlaufen können und die Zukunft Westberlins nicht auf einer permanenten Feindschaft gegenüber der DDR aufgebaut werden kann.

Die Einführung der Paß- und Visahohheit wurde nunmehr unumgänglich, um die Rechtssovereität der DDR über ihre Verkehrswege unmißverständlich klarzustellen und die Revanchisten in ihre Schranken zu verweisen. Es ist deshalb auch eine übige Demagogie, wenn in den Bonner Massenmedien behauptet wird, die Einführung der Paß- und Visahohheit sowie die Festlegung des Tagesumtauschsatzes von 5 auf 10 Westmark richte sich gegen den „kleinen Mann“. Ich habe bereits betont, daß die

gegen die DDR zu inszenieren. Um der immer lauter werdenden Forderung nach einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch Bonn entgegenzutreten, behauptet Brandt, daß das ein unzumutbares Verlangen sei, weil dadurch die DDR zum Ausland im Verhältnis zur Bundesrepublik würde und das angeblich einer endgültigen Preisgabe bzw. Liquidation der deutschen Nation gleichkäme. Diese sehr scheinheilig klingenden Worte sind in Wahrheit ein übler Hoßbäuertrick, um vor der Weltöffentlichkeit, besonders vor den sozialistischen und westeuropäischen Staaten, die wahren Absichten der Bundesrepublik gegenüber der DDR zu tarnen. Die eigentliche Ursache für die Weigerung, die DDR anzuerkennen, hat der einflussreiche CDU-Politiker Geuß ausgesprochen, wenn er unverblümt erklärt:

„Eine Anerkennung der DDR ist unmöglich, weil dann alles, auf was wir noch einzuwirken versuchen, als Einmischung in die inneren Verhältnisse angesehen werden wird, die nicht mehr zulässig ist zwischen zwei Staaten. Dann wird unsere

## UZ berichtet vom Parteiaktiv

und des Mißbrauches unserer Verkehrswege für revanchistische Ziele sah sich die DDR gezwungen, zum Schutze ihrer eigenen Sicherheit, aber auch im Interesse der demokratischen Kräfte in Westdeutschland und Westberlin, in Ausübung ihrer unveräußerlichen souveränen Rechte als Staat die Paß- und Visahohheit im Transitverkehr von und nach Westberlin sowie im Verkehr zwischen beiden deutschen Staaten durch Beschlüsse der Volkskammer vom 11. Juni einzuführen. Damit hat die DDR vor aller Welt erneut auf eindringliche Weise klargestellt, daß sie auf ihrem Territorium die Souveränität ausübt und die Bonner Rechtsanerkennung, Westberlin und die DDR als Bestandteil des Bonner Staates zu betrachten, rechtswidrig zurückgewiesen wird. Es wurde unmißverständlich unterstrichen, daß die Rechtssovereität der Bundesrepublik an ihren Grenzen endet und die DDR als souveräner Staat sich wirksam gegen solche annexionistischen Bestrebungen zu schützen weiß.

Obwohl unsere Maßnahmen seit nunmehr vier Wochen in Kraft sind, der normale Reise- und Visaverkehr – wie selbst westliche Presseorgane einsehen müssen – reibungslos funktioniert, verlesen Bundesregierung und insbesondere die Springer-Presse immer noch Krokodilstränen über diesen Akt des Selbstschutzes der DDR. Offensichtlich ist das ein Ausdruck dafür, daß wir ihre subversiven Absichten gegenüber der DDR durchschaut und durchkreuzt haben.

Um über diese Niederlage hinwegzutäuschen, geifern sie, wir hätten angeblich die Zugangsrechte nach Westberlin angetastet. Mir ist nicht bekannt, daß die Bundesrepublik oder der Westberliner Senat irgendwelche vertraglich gesicherten Transitrechte über das Territorium der DDR besitzen. Bonn hat keinerlei völkerrechtlich legitimierte Rechte in bzw. gegenüber Westberlin. Das steht außer Zweifel. Wenn die DDR auch ohne vertragliche Grundlagen den zivilen Güter- und Reiseverkehr gewährleistet und durch ihre zuständigen Organe kontrolliert, so geschieht das im Interesse der friedlichen Bürger Westberlins und Westdeutschlands, in dem Streben, Beziehungen im

er Schritt in erster Linie eine Reaktion auf die Bonner Alleinvertragsannahme gegen die Notstandssetzung und gegen den Mißbrauch der Verkehrswege der DDR durch die imperialistische Reaktion darstellt. Ich meine auch, daß wir es unserem eigenen Selbstverständnis und den Potsdamer Prinzipien schuldig sind, die demokratischen Kräfte in Westberlin und Westdeutschland in der Weise zu unterstützen, daß wir uns nicht zumuten lassen, unsere Schienenwege und Straßen zum Transport revanchistischer und faschistischer Literatur sowie der Revanchisten zur Verfügung zu stellen, damit die demokratischen Kräfte in Westberlin terrorisiert werden können.

Ich will natürlich nicht einfach übersehen, daß unsere Maßnahmen in geringem Maße gewisse Belastungen für den einzelnen bedeuten können. Man muß aber ebenso offen sagen, daß die Schutzmaßnahmen eines Staates gegen die aggressive Politik eines anderen Staates in gewisser Weise auch die Bürger dieses Staates berühren. Es ist nun mal so, daß die Bevölkerung eines Landes nicht völlig aus einer bestimmten Mitverantwortung für die Politik ihres Staates entlassen werden kann. Dennoch hat die DDR ihre Maßnahmen so gehalten, daß die Interessen der friedliebenden und demokratischen Bürger Westdeutschlands und Westberlins weitestgehend berücksichtigt wurden. Unsere Maßnahmen – auch das sei am Rande erwähnt – haben keineswegs den Zweck, auf diese Weise die Schulden Westdeutschlands gegenüber der DDR einzutreiben. Die Bonner Regierung wird auf die Dauer nicht umhinkommen, die angekauften Schulden im Post- und Verkehrswesen zu begleichen und für den uns zugefügten Schaden aufzukommen.

Wenn der Bonner Außenminister Brandt in öffentlichen Reden beständig beteuert, daß er angeblich für ein „seregeltes Nebeneinander der beiden Teile Deutschlands“ eintritt, so beweisen die tagtäglich außenpolitische Praxis und die gegenüber der DDR und Westberlin angewandten Methoden das Gegenteil. So forderte er auf der NATO-Konferenz im Juni die dort vertretenen Staaten auf, eine großangelegte „Strafexpedition“

Wiedervereinigungspolitik zu einer Einmischungspolitik, und die Grenze wird zu einer legalen Institution.“

Die von den SP-Ministern im Verein mit der Bonner CDU strapazierte Auslandsfrage bestätigt im Grunde nur, daß die Behandlung der DDR als „Inland“ das Ziel verfolgt, die DDR zu annektieren. Ich möchte nachdrücklich betonen, daß die Frage des Auslands im Sinne des Fremdennationalen im Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten überhaupt nicht steht. Unsere Verfassung spricht klar und deutlich davon, daß es sich um zwei Staaten deutscher Nation handelt, deren Verhältnisse allerdings nach den Regeln des Völkerrechts zu ordnen sind und zwischenstaatlichen Charakter tragen.

Normale völkerrechtliche Beziehungen im Geiste der friedlichen Koexistenz können nur dazu führen, eine Annäherung und ein schrittweises Miteinander der beiden Staatsvölker deutscher Nation sowie der selbständigen politischen Einheit Westberlins zu fördern. Die Vorschläge des Staatsrates der DDR vom 21. Juni weisen den einzig gangbaren Weg, der zu diesem Ziel führt, nämlich völkerrechtlich verbindliche Vereinbarungen zwischen beiden deutschen Staaten über

- den Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag;
- das Verbot der Lagerung von Kernwaffen auf dem Gebiet der beiden deutschen Staaten;
- die Vereinbarung eines Gewaltverzichts in den gegenseitigen Beziehungen und
- die Anerkennung des Status quo und der bestehenden Grenzen in Europa.

Indem wir unsere Hochschulreform zu einem vollen Erfolg führen, leisten wir einen wesentlichen Beitrag in der Klassenauseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus, zur Stärkung des internationalen Ansehens der DDR und damit zur Sicherung des Friedens in Europa.

## Parteiorganisation verhalf der Wehrerziehung zu ihrem Platz

Aus dem Diskussionsbeitrag  
des Genossen **Dr. UWE JOHANNSON,**  
stellv. Sekretär der GO Veterinärmedizin



JOURNALISTIKSTUDENTEN BEI EINER SCHIESSÜBUNG – VGL. AUCH SEITE 8

Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Wehrerziehung wichtiger Bestandteil der klassenmäßigen Erziehung ist und daß gerade die Haltung des Studenten und Wissenschaftlers zu den Anforderungen der Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit einen sehr konkreten Einblick in den Stand unserer politisch-ideologischen Massenarbeit gestattet, haben wir uns bemüht, bei der Darlegung und Erläuterung der Grundfragen unserer politisch-ideologischen Arbeit ebenso wie bei der Organisation der praktischen massenpolitischen Tätigkeit stets auch die militärpolitischen Aspekte und die sich abzeichnenden Aufgaben der Wehrerziehung zu formulieren.

Das wurde zuerst und vor allem zum Prinzip der Arbeit auf den Mitgliederversammlungen. Es kam uns darauf an, Wehrerziehung als Bestandteil der klassenmäßigen Erziehung nicht nur theoretisch zu konstatieren, sondern im Prozeß der Parteiorganisation schon auf der Mitgliederversammlung als Einheit anschaulich zu demonstrieren. Davon ausgehend ging es uns weiterhin darum, die Wehrerziehung und die systematische Vorbereitung auf das Lager der vormilitärischen Ausbildung auf allen Ebenen der Erziehungs- und Leitungstätigkeit durchzusetzen. Heute leitet Projektleiter Prof. Schleiter eine Kommission für sozialistische Wehrerziehung, die Leiter der Erziehungskollektive berichten regelmäßig im Fakultätsrat über Fragen der Wehrerziehung und der Vorbereitung des Lagers in Tarn- und Diät. Schließlich waren wir bemüht, möglichst vielfältige und interessante Formen vormilitärischer Erziehung und Ausbildung zu finden.

Das Ergebnis sind drei Tage der Wehrerziehung, an denen zweimal alle Fakultätsangehörige, auch Arbeiter, Angestellte, wissenschaftlicher Nachwuchs und Lehrkörper teilnahmen und durch einen Schießwettbewerb selbst aktiv beteiligt waren. In allen Studienjahren fanden militärpolitische Vorträge von Genossen der NVA statt, an denen die Vertreter der jeweiligen Erzieherkollektive und die die Seminargruppen betreuenden Assistenten teilnahmen.

Wichtig für den Erfolg unserer Arbeit ist dabei, daß die staatlichen Leistungen und ihre Organe die von der Parteiorganisation vertretene Konzeption und ihre Impulse der politisch-ideologischen Arbeit verantwortlich durchzusetzen und organisatorisch abzusichern.

Als Erfolge unserer massenpolitischen Arbeit können wir wohl verbuchen, allen Studenten und der Mehrzahl der übrigen Fakultätsangehörigen bewußt gemacht und durch konkrete Maßnahmen veranschaulicht zu haben, daß Wehrerziehung und vormilitärische Ausbildung unabdingbarer und integrierender Bestandteil der Ausbildung und Erziehung, d. h. des Studiums sind.

Dabei sind wir uns darüber im klaren, daß die Motive und die politischen und ideologischen Voraussetzungen für Zustimmung, Vorbereitung und Teilnahme an der vormilitärischen Ausbildung noch recht unterschiedlichen Niveaus sind.

Wir verkennen auch nicht, daß trotz gewisser Fortschritte der wissenschaftliche Nachwuchs noch nicht genügend auf breiter Ebene und effektiv genug als Akteur der Wehrerziehung der Studenten einbezogen ist.

Schließlich bleibt als wichtige Aufgabe der nächsten Wochen die Einheit von Wehrerziehung, vormilitärischer Ausbildung und sozialistischer Hochschulreform zu sichern.